

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/72

15. April 1977

Konsensfähige Position deutlich machen

Anmerkungen zur Fachkonferenz "Energie/Beschäftigung/Lebensqualität"

Von Volker Hauff MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Forschung und Technologie

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Der Westen wird in Afrika ernsthaft gefordert

Was heißt Einmischung in "innere Angelegenheiten"?

Von Lenelotte von Bothmer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 67 Zeilen

Aussiedler sind keine Vertriebenen

Zum Ergebnis einer Diskussion mit polnischen und
deutschen Journalisten

Von Dr. Hubert Weber MdB

Seite 5 und 6 / 67 Zeilen

Zufriedenheit in die Truppe bringen

Soldaten auch an Einkommensentwicklung teilnehmen
lassen

Von Werner Buchataller MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen
Bundestages

Seite 7 / 30 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 438
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 93 38:39
Telex: 09 88 848-48 ppon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Konsequenzfähige Position deutlich machen

Anmerkungen zur Fachkonferenz "Energie/Beschäftigung/Lebensqualität"

Von Volker Hauff MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Forschung und Technologie

Das Thema Energie, und das nicht erst seit Brokdorf, ist zu einem zentralen politischen Thema geworden und wird es im Zusammenhang mit Wachstum und Beschäftigung auch in den kommenden Jahren bleiben.

Es geht dabei aber nicht, wie es in der täglichen Medienschau so erscheint, nur um die Fragen der Risiken und Verantwortbarkeit der Nutzung der Kernenergie sowie der Diskussion um die Bedingungen für die weitere Nutzung dieses Energieträgers oder darum, daß die Lichter ausgehen, wenn wir nicht die Kernenergie im bisher gewünschten Maße ausbauen. Es geht vielmehr um die umfassende Frage: Wie wir den notwendigen Prozeß einzuleiten haben, das Wachstum nicht mehr nur in seiner globalen Veränderung zu betrachten und sich entfalten zu lassen, sondern differenziert und an qualitativen Maßstäben auszurichten mit der langfristigen Zielvorstellung, das weitere Energiewachstum schrittweise zu reduzieren.

Nachdem wir heute wissen, daß wir bei ständig wachsendem Energieverbrauch weltweit wie national schon allein durch die Belastung unseres Umweltsystems an Grenzen stoßen, kann die bisher eingenommene Verdoppelungsautomatik in der Energiebedarfsberechnung, wonach alle 10 oder 15 Jahre sich der Energiebedarf verdoppelt, nicht als Grundlage für eine rationale Energiepolitik genommen werden. Und zwar sowohl aus Gründen des Umweltschutzes, wie auch aus Gründen der Versorgungssicherheit.

Bei der Organisation dieses Diskussions- und Meinungsbildungsprozesses in der SPD halte ich es für entscheidend, die Diskussion nicht nur in geschlossenen Expertenzirkeln und Interessengruppen ablaufen zu lassen. Das heißt, die Diskussion innerhalb der SPD muß in der vollen Breite geführt

werden, einmal innerhalb der Partei, aber auch mit den gesellschaftlichen Gruppen wie den Gewerkschaften, den Kirchen, der Wissenschaft und den Bürgerinitiativen. In der Integration der verschiedenen Meinungen zu einem klaren Handlungsprogramm muß sich die SPD als geistige Führungskraft bewähren.

Aus diesem Grund hat der Parteivorstand beschlossen, Ende April eine Fachkonferenz unter dem Thema "Energie/Beschäftigung/Lebensqualität" durchzuführen. Diese Konferenz hat den Charakter eines offenen Diskussionsforums, auf dem die Partei bemüht ist, mit allen gesellschaftlichen Gruppen, die sich mit der Thematik bisher ernsthaft auseinandergesetzt haben, sachbezogen und emotionsfrei zu diskutieren.

Zur Gesamthematik werden zu Beginn Grundsatzreferate von Adolf Schmidt und Erhard Eppler gehalten.

In vier Arbeitskreisen

I. Lebensqualität/Wirtschaftswachstum/Energiebedarf/Arbeitsplätze
(Referenten: Alois Pfeiffer, DGB, und Freimut Duve, SPD-Hamburg)

II. Energieplanung/Energieeinsparung/Energiequellen
(Referenten: Prof. Meyer-Abich, Universität Essen, und Klaus Barthelt, Kraftwerk-Union)

III. Arbeitsplätze/Umwelt/Sicherheit
(Referenten: Bundesminister Herbert Ehrenberg und Dr. Frank Haenschke, SPD Baden-Württemberg)

IV. Dialog mit dem Bürger
(Referenten: Egon Bahr und Dr. Horst Zillesen)

werden je zwei Referenten Stellung beziehen, so daß die gesamte Breite der Thematik diskutiert werden kann. Das Schlußwort wird Hans Matthöfer sprechen.

Zum Teilnehmerkreis gehören neben den Delegierten der Bezirks- und Landesverbände, Vertreter der Arbeitsgemeinschaften, Kommission und Ausschüsse der Landtags- und Bundestagsfraktion sowie Vertreter der Gewerkschaften, der Wissenschaft, der Kirchen, der Unternehmerverbände und Energiewirtschaft und der Bürgerinitiativen.

Die Konferenz hat nicht die Aufgabe, kommenden Parteitagbeschlüssen vorzugraifen. Es gilt vielmehr, unterschiedliche wie konsensfähige Positionen innerhalb der Partei deutlich zu machen, um den weiteren Diskussionsprozeß führen zu können und zu einer letztlich Überzeugenden, glaubwürdigen Position innerhalb und außerhalb der Partei zu kommen.

(-/15.4.1977/kr/ben)

+ + +

Der Westen wird in Afrika ernsthaft gefordert

Was heißt Einmischung in "innere Angelegenheiten"?

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die Kämpfe in Zaire haben über das Land hinaus für ganz Afrika Bedeutung: Es ist für die Nachbarländer sehr wichtig, ob Mobutu etwa gestürzt wird, oder ob er seine Position kräftigt. Daß er nicht mit Samthandschuhen regiert und viele eine Änderung der inneren Verhältnisse - vermutlich berechtigterweise - anstreben, ist kein Geheimnis. Ein Umsturz in einem Land bewirkt jedoch für Afrikaner jedesmal Rückwirkungen in ihren eigenen Staaten. Insofern kann man Nigerias Außenminister Recht geben, wenn er eine starke Organisation afrikanischer Staaten (OAU) für notwendig hält, weil sie hier ihre ureigenste Aufgabe hätte. Bereits im Angola-Konflikt hatte sie versucht, diese Aufgabe wahrzunehmen - mit dem Erfolg, daß die Schwäche dieser Organisation deutlich wurde. Fast überall lähmen eigene wirtschaftliche und politische Probleme und Abhängigkeiten die Tatkraft. Und vor allem machen sie gemeinsame Aktionen der OAU-Mitglieder immer weniger effektiv.

Von vielen Seiten wird vor dem Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Zaires wie eines jeden anderen selbständigen Landes gewarnt. Was aber ist hier "innere Angelegenheit"? Das kann man immer schwerer definieren. Besonders in diesem Fall, wo im Ausland ausgebildete und von dort gestützte und motivierte Exil-Zairer versuchen, einen Teil des Landes abzutrennen. Handelt es sich um alte innerzairische Rechnungen? Oder will sich Angola eine befriedete nördliche Grenze verschaffen? Wollen etwa die Helfer und Stützer der Aktion, die Kubaner und Sowjets, politisch entscheidende Veränderungen zu ihren Gunsten erreichen? Sicher scheint jedenfalls zu sein, daß Kräfte von außen bei dieser "innerzairischen Angelegenheit" die Regie führen; denn man darf nicht vergessen, daß Zaire eines der in Zukunft interessantesten Länder Afrikas ist, was seine Bodenschätze und damit wirtschaftlichen Möglichkeiten angeht.

Man muß sich erinnern, daß es nach der Befreiung von portugiesischer Herrschaft auch in Angola kaum noch innerangolanische Angelegenheiten gab:

Die noch nicht explorierten und ausgebeuteten reichen Bodenschätze auch dieses Landes hatten dem jungen Staat volle Einwirkung von außen beschert. Die drei sich blutig bekämpfenden Befreiungsbewegungen standen schon seit längerer Zeit unter dem Einfluß massiver "Hilfe" von Ost und West.

Vor direktem militärischer Eingreifen scheute sich der Westen (die USA und Europa) allerdings. Waffenhilfe wird in Afrika jedoch dort genommen, wo sie geboten wird, zum Beispiel von der UdSSR oder von anderen kommunistischen Staaten. Darüber zu lamentieren ist sinnlos. Und das allein stürzt einen Staat auch noch nicht in einen aktiven Kommunismus Moskauer Prägung.

In Zaire hilft jetzt, wenn auch indirekt, Frankreich, eben weil es nicht noch einmal den Kommunisten kampflos das Feld überlassen will. Da Frankreich Kooperationsabkommen sowohl mit Marokko als auch mit Zaire und anderen westafrikanischen Ländern hat, ist sein Schritt durchaus begründbar. In Europa wird mancher im Geheimen froh sein, daß ein anderer sich die Finger schmutzig macht. Man darf darauf gespannt sein, was die Außenminister in ihrer Sitzung in den nächsten Tagen dazu verleutbaren werden.

Die Bundesrepublik Deutschland beharrt darauf, keine Waffen in Spannungsgebiete und außerhalb des NATO-Bereichs zu geben. Das hat sie in jüngster Vergangenheit deutlich gemacht, und dabei will sie bleiben. Sie bietet jedoch in diesem Fall humanitäre Hilfe. Wie sehen die Afrikaner das? Sie würden diese Hilfe voll akzeptieren und als das werten, was sie sein will: als Bollwerk gegen kommunistische Infiltration. Nur müßte die Bundesrepublik Deutschland ihre Afrika-Politik endlich klar und konsequent verfolgen. Der sambische Ministerpräsident Kaunda sagte dieser Tage sehr deutlich: Er könne nicht glauben, daß der rhodesische Ministerpräsident Ian Smith oder die Apartheid-Politik in Südafrika oder Südafrikas Griff über Namibia weiter bestehen könnten, wenn der Westen tatsächlich deren Ende beschließen würde.

Zeigt sich nicht auch im Geschehen in und um Zaire das westliche "Dilemma" in Afrika und damit eben auch das unsere? Zwar treten wir im südlichen Afrika für die Menschenrechte und gegen Rassismus und Unrecht verbal ein, aber wir bleiben politisch vage. Das müßten wir aber ohne militärische und Waffenhilfe nicht sein. Wir sind in Gefahr, unsere Freunde in Afrika zu verlieren. Wir verlieren sie an den Osten. Ist das wirklich nötig?
(-/15.4.1977/bgy/ja)

+ + +

Aussiedler sind keine Vertriebenen

Zum Ergebnis einer Diskussion mit polnischen und deutschen Journalisten

Von Dr. Hubert Weber MdB

Das Ergebnis einer Diskussion zum Abschluß eines Seminars mit 15 deutschen und zehn polnischen Journalisten war einstimmig: Die deutsch-polnischen Beziehungen sind gut, der wirtschaftliche Verkehr entwickelt sich, auch im Abbau der polnischen Verbindlichkeiten ist ein günstiger Stand eingetreten, die gegenseitigen Verträge werden nach Wortlaut und Sinn erfüllt, weil die Bevölkerung Polens nicht will und wir nicht wollen dürfen und können, daß man gegenseitig Unrecht aufzurechnen versucht. Deshalb ist es für Polen, aber auch für den vernünftig denkenden Bürger der Bundesrepublik unverstänlich, daß sich die einzelnen Bundesländer noch nicht in der Schulbuchfrage endgültig einigen konnten, und daß Berufsfunktionäre der Vertriebenenverbände zusammen mit aufgepeitschten Unions-Politikern und diesen folgend der Springer-Verlag in einer angefachten Pressekampagne das Thema "Aussiedler als Vertriebene" hochspielen.

Was ist denn geschehen?

1/ Bisher haben Aussiedler aus Polen Vertriebenenausweise erhalten. Das war sicher nicht in Ordnung, denn die Aussiedler von heute sind keine Vertriebenen. Sie werden nicht des Landes verwiesen, sondern kommen aufgrund von humanitären Vereinbarungen zwischen Bonn und Warschau und freiwillig und auf ihren eigenen Antrag. Es mag Bequemlichkeit gewesen sein, in Anwendung des Vertriebenengesetzes auch den Aussiedlern ohne ein neues Gesetz die Vorteile und wirtschaftlichen Eingliederungshilfen dieses Gesetzes zu sichern. Die Polen hatten hieran in der Vergangenheit keinen Anstoß genommen.

2/ Doch dann wurde dies alles anders. Vertriebenenpolitiker wie Hupka und Czaja forderten die Gleichbehandlung von Aussiedlern und Vertriebenen auf Dauer, "weil die polnische Diktatur die Bloßstellung ihrer Menschenrechtverletzungen verheimlichen wolle". Durch Diskriminierung und Vorenthaltung von Minderheitenrechten würden die "Aussiedler in ihrer Heimat heimatlos gemacht und geistig vertrieben". Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wittmann erklärte dazu, "durch eine Änderung der Sprache würde das Bewußtsein um die Realitäten vernebelt". Da konnte "Die Welt" nicht abseits stehen. Anhand von Briefen von Deutschen aus Polen wollte sie deutlich

machen, "daß sie die Deutschen jenseits von Oder und Neiße nach dem Abschluß des Warschauer Vertrages in eine Situation manövriert sehen, die ihnen das weitere Verbleiben in der Heimat zumindest nicht leicht macht. Die Lebensbedingungen für die Deutschen in Polen hätten sie zur Flucht gezwungen".

3/ Nun gibt es keinen Zweifel, daß sich viele Aussiedler in den vergangenen Jahren, in denen sie dank einer Konfrontationspolitik der CDU/CSU-Regierung nicht mehr in einer Übersiedlung in das Gebiet der Bundesrepublik rechnen konnten, im polnischen Lebensverband und dessen Bedingungen eingegliedert hatten. Es kann auch nicht zweifelhaft sein, daß sie im beruflichen Leben durch Eifer und gute Arbeit ein ausreichendes Auskommen hatten. Und daß ihre Übersiedlung die polnische Wirtschaft vor manche Schwierigkeiten stellt. Diese sozialliberale Regierung hat diesen deutschen Bürgern aber die Möglichkeit eingeräumt, in ihren deutschen Lebensgeist, aus welchen Gründen auch immer, zurückzukehren. Gerade daraus aber ergibt sich, daß die Aussiedler weder Vertriebene noch Flüchtlinge sind. Die Bezeichnung Vertriebene widerspricht Wortlaut und Sinn der Vereinbarungen zwischen Bonn und Warschau von 1970 und 1975. Denn es waren die sozialdemokratischen Bundeskanzler Brandt und Schmidt, die der polnischen Regierung die Ausreisemöglichkeiten für Deutsche abringen mußten. Wären es Vertriebene, hätte es dieser Vereinbarungen nicht bedurft, und auch die deutschen Aussiedler wissen, daß sie nicht vertrieben worden sind, sondern aufgrund eigenen Entschlusses und ungehindert ihren Weg zur Deutschen Botschaft in Warschau gehen konnten.

4/ Was verleitet also die Herren Czaja, Hupka und Wittmann zu solchen Ausfällen? Ihnen paßt die Aussöhnung mit Polen und allen anderen östlichen Staaten nicht in das Konzept, es macht ihre Konfrontationsstrategie unglaubwürdig. Um das Gespräch und die Aussöhnungspolitik zu verhindern, brauchen sie Waffen gegen Polen. Daß Konfrontation der Zweck der christlichen Parteien ist, beweist auch dies: Zur Diskussion mit den polnischen Journalisten benannte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Vertriebenenführer Hupka. Fürwehrt war die Reaktion der polnischen Journalisten verständlich: Wenn Herr Hupka kommt, reisen wir ab. Das wollte die CDU/CSU-Fraktion, denn dann hätte sie wiederum Munition für ihre Konfrontationspolitik gehabt.

(-/15.4.1977/bgy/lo)

Zufriedenheit in die Truppe bringen

Soldaten auch an Einkommensentwicklung teilnehmen lassen

Von Werner Buchtaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Manfred Wörner (CDU), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages, hat in einem Interview der Zeitschrift "Wehrtechnik" in einer globalen Übersicht seine verteidigungspolitischen Vorstellungen dargelegt. Dabei fällt auf, daß er die verteidigungspolitische Politik des sozialdemokratischen Verteidigungsministers, den die CDU/CSU über die "Rudel-Affäre" stürzen wollte, weitgehend für richtig hält. Die Fragen, die er aufwirft, werden den Verteidigungsausschuß beschäftigen müssen. Dabei wird es darum gehen, das richtige Maß zwischen den Ausgaben für die Soldaten und den Ausgaben für die Rüstung zu finden.

Die moderne Rüstung verliert ihren Sinn, wenn die Menschen, die sie handhaben sollen, unzufrieden sind. Fehlende Unteroffiziere sind für eine Armee schwerer ersetzbar als fehlende Panzer. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe, Zufriedenheit in die Truppe zu bringen. Und da hat Herr Wörner tatsächlich einige Probleme angesprochen, die gelöst werden müssen. Natürlich ist die Lage nicht so katastrophal, wie sie von Dr. Wörner dargestellt wird; das ist verzeihlich, denn er ist Oppositionspolitiker und will an die Macht. Aber so wie die Lage ist, kann sie auch nicht von der Koalition einfach verniedlicht werden.

Neben den USA haben wir im westlichen Bündnis ohne Zweifel die stärkste und bestausrüstete Armee. Wir haben zurzeit auch noch die besten Soldaten. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese Soldaten, die in einer Wehrpflichtarmee ihren Dienst tun, und vor allen Dingen, daß die Vorgesetzten dieser Soldaten das Gefühl erhalten und behalten, daß sie nicht von der anderen gesellschaftlichen Entwicklung abgesetzt sind. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Soldaten, Wehrpflichtige, Zeitsoldaten und Berufssoldaten, das Gefühl bekommen, sie sind in jeder Beziehung eingebettet in unsere Gesellschaft. Sie sind auch dahingehend in unsere Gesellschaft einzubetten, daß sie wissen, daß sie am Fortschritt dieser Gesellschaft und an der Entwicklung, auch an der Einkommensentwicklung dieser Gesellschaft teilnehmen können.

(-/15.4.1977/kr/ben)

+ + +